

Quelle

Datum

Demokratie-Defizit Europa

VON JOSEF JOFFE

Bis Sonntag bleibt das größte Wahlvolk der demokratischen Welt – 240 Millionen – aufgerufen, ein Parlament zu wählen, das – gemessen an seinen Befugnissen – zu den kleinsten gehört. Der Europa-Versammlung fehlen die klassischen Merkmale eines „echten“ Parlaments: Die 518 Abgeordneten können Regierungen weder stellen noch stürzen; sie haben in Wahrheit nicht einmal das Ur-Vorrecht aller Volksvertretungen – die Macht übers Geld.

Warum also zur Europa-Wahl gehen? Diese Frage mögen sich zumal jene 43 Prozent der Bundesdeutschen stellen, die beim letzten Mal zu Hause geblieben sind. Nur wenig mehr als die Hälfte haben sich vor fünf Jahren den Gang für Europa zugemutet – eine verblüffend hohe Verweigererquote angesichts jener rund 90 Prozent, die brav und pflichtgetreu ihr Kreuzchen bei der Bundestagswahl im Jahr davor (1983) gemacht hatten.

Anhängsel der Macht

Warum nicht auch für Europa? Die Antwort ist bekannt: Das Europa-Parlament „bringt nichts“; es ist bloß Anhängsel der wahren Macht in Brüssel – des Ministerrats, der den souveränen Herrschaftsanspruch der zwölf Regierungen verkörpert. Zwischendurch übernimmt die Kommission das Regiment – als heimliche Exekutive, der die Straßburger wenig anhaben können. Sie haben bloß das formale Recht, die Kommission *in toto* zu stürzen, und eine solche massive Macht-Demonstration haben sich die Parlamentarier noch nie getraut. Überdies: Wer geht schon nach Straßburg? Abgehalfterte Politiker oder ganz Junge, so hat es sich eingestellet, die für wenig Arbeit reichlich Lohn und Spesen kassieren.

In dieser landläufigen Vorstellung stecken ein paar Körnchen Wahrheit – falsch ist die davon geprägte Einstellung trotzdem. Es gibt zwei sehr gute Gründe, den Urnengang an diesem Sonntag nicht zu verweigern. Der eine hat wenig mit dem fernen Brüssel und um so mehr mit der nahen Innenpolitik zu tun. Wer nicht wählt, überläßt dem Ressentiment und dem Mißvergnügen, mithin den Extremen, das Feld. Das Problem kennt man aus früheren Europa-Wahlen – in der Bundesrepublik wie in den Nachbarländern. Je geringer der Bürger den Wert seiner Stimme einschätzt, desto eher wird er diese vergeuden, also zu Hause bleiben, oder verschenken, also einer Gruppe oder Partei an den Rändern geben. Was nicht zählt, ist billig – und da kann man spielen: hier ein wohlfeiles Bekenntnis abgeben, das man sonst den realen Interessen unterordnen würde; dort ein Ressentiment abladen, das man sonst zurückhalten würde, um seiner „eigentlichen“ Partei nicht zu schaden.

Wer aber überhaupt nicht wählt, der wählt – statistisch gesehen – die Extreme. Je ideologischer, desto motivierter ein Mensch. Bequemlichkeit oder Sonnenschein werden den wahren „Gläubigen“ – den Überzeugungstäter oder Wutentbrannten – nicht davon abhalten, den Urnengang auf sich zu nehmen. Bleiben die anderen, die mit der Politik weder das Heile noch das Abreagieren verbinden, zu Hause, werden die Ränder aufgewertet. Europa-Wahlen mobilisieren hauptsächlich die schon Mobilisierten.

Mitspracherecht mit Zähnen

Der zweite gute Grund zum Wählen ist: Das Europa-Parlament kann mehr, als ihm zugetraut wird. Gewiß: Die Straßburger Versammlung darf nach wie vor keine Gesetze verabschieden. Das eigentliche „Parlament“ ist der Ministerrat, der die Entwürfe der Kommission (der „Exekutive“) verwirft oder ratifiziert, derweil die Versammlung schranken- und bislang eher folgenlos seine Meinung zu jedem und allem kundtun darf. Auf den Punkt gebracht hat es der SPD-Euro-Parlamentarier Rudi Arndt: „Es geht kein Indianer verloren, kein Eskimo verschwindet in einer Eisspalte, ohne daß wir etwas dazu zu sagen hätten.“

Seit der letzten Wahl (1984) aber sind dank der „Einheitlichen Europäischen Akte“ (1987) ein paar solide Bausteine der Macht hinzugekommen. Das Parlament kann sein Veto gegen Verträge der EG mit Dritt-Ländern einlegen. Es kann die Mitgliedschaft eines jeden Neuankommings verhindern. Wichtiger noch: Das Parlament hat bei allem, was die Zukunft nach 1992 betrifft, ein Mitspracherecht mit „Zähnen“. Konkret: Es kann die Entwürfe der Kommission mit Zusatzbestimmungen belegen. Dagegen kann sich der Ministerrat nur mit einem einstimmigen Veto wehren; bringt er dieses nicht zustande, müssen die Regierungen der Zwölf entweder klein beigeben oder den ganzen Gesetzentwurf fallenlassen.

Das Parlament hat aber vor allem ein Recht, das ihm keine Regierung nehmen oder geben kann. Europa fand bisher vorweg in den Kanzleien der Hauptstädte oder in den Korridoren der Brüsseler Bürokratie statt – ein zutiefst antidemokratisches Phänomen. Vornehmste Pflicht des neuen Parlaments wäre es, Europa ans Tageslicht und nach Hause zu holen – weniger über Eskimos und Indianer, sondern viel mehr über die großen Alternativen der europäischen Zukunft vor und nach 1992 zu debattieren. Hier stünde das festeste Fundament seiner bislang noch brüchigen Legitimität; hier könnte sich die Vorstellungskraft jener Euro-Apathen entzünden, die – knapp die Hälfte des

Wahlvolkes – 1984 nicht mitgewählt haben.

Stunde der Wahrheit

Tatsache bleibt nämlich, daß die Duponts, Smiths und Schulzes aus *innenpolitischen* Gründen an die Euro-Urne gehen. Margaret Thatcher weiß es und hat deshalb die Parole ausgegeben: „Laßt Labour nicht zur Hintertür herein“. Und Helmut Kohl weiß es auch. Eine blutige Niederlage in der Europa-Wahl, analog zu Berlin und Hessen, würde unweigerlich seine Zukunft zur Disposition stellen – auch wenn Lothar Späth inzwischen sonor verkündet, es werde keine „Kanzler-Debatte“ geben. Noch schärfer ausgedrückt: Diese Regierung steht, gemessen an herkömmlichen Kriterien, geradezu glänzend da; wird die Union dennoch weit unter die 40-Prozent-Marke gedrückt, ist die Stunde der Wahrheit für Kohl gekommen.

Eine solche Niederlage würde nämlich bedeuten, daß *nichts* mehr hilft. Weder Bush und Gorbatschow, die das reiche Füllhorn ihrer Komplimente und Avancen über die jetzige Regierung ausgesossen haben, noch die dünnen Zahlen der Wirtschaftsstatistik, die besagen, daß es beim Sozialprodukt nach oben und bei der Arbeitslosigkeit nach unten geht. Wer angesichts solcher, normalerweise stimmen-trächtiger „Eckdaten“ ebenfalls abfällt, dürfte schwerlich anderswo rettende Sprossen finden.

Durch einen solchen Ausgang würde sich die spezifische Misere der Regierung Kohl, aber noch mehr die allgemeine Misere Europas offenbaren. Regierungen gehören bestraft oder belohnt im *nationalen* Wahlgang; an der Euro-Urne müßte Europa zur Wahl stehen. Daß der Bürger hier über seine Innenpolitik abstimmt, zeigt, daß das demokratische Europa noch immer eine Schimäre ist. Es zeigt, daß die Macht noch immer in den Händen der Staaten liegt – daß der Bürger Applaus und Ärger auf seine eigene Hauptstadt richtet und nicht auf . . . ja was? Wen kann er in Europa eigentlich abwählen? Europa ist noch immer ein Demokratie-Defizit – bald zwar ein einziger Markt, der aber nicht dem Volk, sondern der Exekutive gehorcht. So dringend wie der Binnenmarkt ist ein Europa, das aus *seinem* vordemokratischen Zustand befreit wird.